sächlich nur gegeben, wenn ein Zustand zur Beeinträchtigung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit führen kann.

Das VP-Gesetz gestattet ebenfalls, seine Befugnisse zur vorbeugenden Gefahrenabwehr wahrzunehmen (vgl. u. a. § 7 Abs. 1 Buchstaben a) und b) Abs. 2; § 11 Abs. 3). Weder in den "Erläuterungen zum Gesetz über die Aufgaben und Befugnisse der Deutschen Volkspolizei" noch in den Broschüren "Pflichten und Befugnisse" der Schriftenreihen Grundwissen und Fachwissen ist der Begriff der "Vorbeugung von Gefahren" theoretisch erläutert oder kommentiert. Zur Wahrnehmung der Befugnisse des VP-Gesetzes zur Vorbeugung einer Gefahr ist es erforderlich, daß ein tatsächlicher Zustand im Entwickeln, d. h., im Sinne des Entstehens oder Herausbildens begriffen ist, der qualitativ eine in der Entwicklung begriffene Gefahr darstellt. Dieser in der Phase der Entwicklung befindliche Zustand muß (nach den Kenntnissen und Erfahrungen der Untersuchungsorgane des MfS) in eine unmittelbare Gefahr umschlagen können, wenn das nicht durch das Eingreifen mit den Mitteln der Befugnisregelungen des VP-Gesetzes verhindert wird. Der die Gefahr begründende Zustand ist zwar schon im Entstehen begriffen, er hat sich aber noch nicht so weit entwickelt, daß er unmittelbar zwangsläufig zu einer Beeinträchtigung führen würde, wenn ihm nicht begegnet wird.

X

So sind die ernstlich im Planungsstadium objektivierenden Erwägungen zur Begehung einer Straftat oder Ordnungswidrigkeit eine in der Entstehung begriffene Gefahr¹

¹ Schriftenreihe "Grundwissen des Volkspolizisten", "Pflichten und Befugnisse des Volkspolizisten zur Gewährleistung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit", Ministerium des Innern, Publikationsabteilung Berlin, 1982 und Schriftenreihe "Fachwissen für Volkspolizisten", "Pflichten und Befugnisse des Volkspolizisten zur Gewährleistung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit", Ministerium des Innern, Publikationsabteilung, Berlin 1986